Forstwirtschaft gegen neue Überwachungsbürokratie

Forstwirtschaft gegen neue Überwachungsbürokratie

Verbände wenden sich wegen neuer Nachhaltigkeitskriterien an EU-Kommissar Oettinger
Zusätzliche Nachhaltigkeitskriterien für energetisch genutzte Biomasse aus der Forstwirtschaft würden zu einem bürokratischen Chaos im deutschen und internationalen Handel mit Holz und Holzprodukten führen. Mit dieser Befürchtung haben sich Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Michael Prinz zu Salm-Salm, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände und Philipp zu Guttenberg, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände in einem Schreiben an den EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, gewandt. "Wir sind in großer Sorge, dass die EU-Kommission neue Systeme in überstürzter Art und Weise einführen möchte, ohne bewährte Regelungen zu beachten, die das gleiche Ziel bereits erreichen", schrieben die drei Vorsitzenden kürzlich an den Brüsseler Kommissar. Die EU-Kommission beabsichtigt, in Kürze neue Vorschläge für Nachhaltigkeitskriterien für feste Biomasse im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie vorzulegen.
Mögliche Pläne der Kommission, sogenannte Waldbewirtschaftungspläne als Kriterium festzuschreiben, wären dagegen ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit der Waldbesitzer. Waldbepflanzungspläne in Brüsseler Amtsstuben erstellen zu lassen, helfe niemandem. Die Forstwirtschaft in Deutschland und Europa sei eine der tragenden Säulen für das Gelingen der Energiewende und stehe mit ihrer vielfältigen und dezentralen Struktur als Vorbild für Nachhaltigkeit und Verantwortung. Gerade in der deutschen Forstwirtschaft werde das Leitbild der Nachhaltigkeit seit 300 Jahren gelebt, heißt es in dem Schreiben weiter. Das geltende Recht lege zudem ausdrücklich fest, dass der Wald in seinem Bestand zu erhalten und zu mehren sei. Rukwied, zu Salm-Salm und zu Guttenberg wiesen auch darauf hin, dass forstliche Biomasse ein globales Handelsgut sei. Daher müsse die EU sicherstellen, dass der wachsende Bedarf an Biomasse aus nachhaltigen Landnutzungspraktiken in den Herkunftsländern stamme. Dazu würde bereist im März 2013 ein Rechtsinstrument in Kraft treten, das illegalen und nicht nachhaltigen Waldbewirtschaftungspraktiken Einhalt gebieten soll (EU-Holzverordnung VO 995/2010).
Die drei Vorsitzenden empfehlen dem EU-Kommissar, Importe aus Drittstaaten, die aus einer nicht nachhaltigen oder illegalen Waldwirtschaft stammen, von der Förderung Erneuerbarer Energien auszuschließen. Dazu könnten bilaterale Waldschutzabkommen mit den importierenden Drittländern hilfreich sein.

Deutscher Bauernverband (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/ 31904-239
Telefax: 030/ 31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: http://www.bauernverband.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=518928" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.